

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Nüderdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Erscheint jeden Sonntag.

Monnementspreis pro Quartal 1,50 Pf. (ohne
Postgebühr), bei Auslieferung unter Kreuzband
1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Postgebühr: die viergeschwisterte Postzelle 10 Pf.

Schriftleitung:

Berlin O., Nüderdorferstr. 60.

Monnements-Bestellungen, Anzeigen u. s. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Nummer 34.

Berlin, den 25. August 1907.

8. Jahrgang.

Kollegen, bezahlt pünktlich die Extrabeiträge!

In die Verbündungen der christlichen und nationalen Arbeiter, Arbeiterinnen, Gehilfen, Bediensteten und Angestellten Deutschlands!

In Ausführung des Beschlusses des ersten Deutschen Arbeiterkongresses vom Oktober 1903 in Frankfurt a. M. der unterzeichnete Ausschuss im November vorigen Jahres den Deutschen Arbeiterkongress für den 20. Januar und für Berlin. Die unerwartete Auflösung des Deutschen Reichstages und der nachfolgende harte Wahlkampf ließ es uns im Interesse der Bestrebungen unseres Kongresses ratslich erscheinen, den Kongress zu vertagen. Nunmehr berufen wir gütig zum 20., 21. und 22. Oktober 1907 den

Deutschen Arbeiterkongress

zweiten Male nach Berlin.

Zu demselben laden wir außer den Verbänden, die an dem Frankfurter Kongress teilgenommen haben, alle diejenigen Verbündungen der Arbeiter, Arbeiterinnen, Gehilfen, Bediensteten und Angestellten ein, die mit uns auf dem den christlichen Weltanschauung und nationaler Gesinnung stehenden gewerkschaftlichen Grundsäße anerkennen und eine Fortsetzung der sozialen Reform anstreben.

Die Verhandlungen finden in den Germania-Gefällen zu Berlin N., Chausseestraße 103, statt.

Zur Beratung stehen folgende Punkte:

1. Bericht des Ausschusses (Berichterstatter Franz Behrens-Essen).
2. Die allgemeine sozialpolitische Lage (Berichterstatter Adam Stegerwald-Köln).
 - A) Die Sonntagsruhe (Berichterstatter Richard Döring-Hamburg).
 - B) Arbeiterschutz in der gesundheitsködlichen und schweren Industrie (Berichterstatter Franz Wiesner-Duisburg).
- C) Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit (Berichterstatter Franz Giesbert-Mülhausen/Elsass).
- D) Die Arbeiterinnenfrage (Berichterstatterin Fräulein Graf M. Gladbach).

Es soll dem Kongress vorbehalten bleiben, als Punkt E etwa noch einen Bericht über die dem Reichstag vorliegenden sozialpolitischen Gesetzentwürfe auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Eröffnung des Kongresses wird auf Sonntag, den 20. Oktober 1907, vormittags 11½ Uhr, angelegt, zu welcher Zeit sich die Herren Vertreter in Berlin einzufinden wollen. Die Anzahl der zu entsendenden Vertreter steht den einzelnen Verbänden frei. Sollte namentliche Abstimmung beantragt werden, so ist natürlich die Zahl der vertretenen Mitglieder entscheidend.

Indes glauben wir, die Abstimmungsart den einzelnen Verbänden überlassen zu sollen. Diese können dann ihr Interesse einem Vertreter übertragen, oder dasselbe auch auf mehrere Vertreter, entsprechend der von ihnen vertretenen Mitgliederzahl in den verschiedenen Landesgebieten, verteilen.

Als Vertreter zugelassen werden nur dem Stande der Arbeiter, Arbeiterinnen, Gehilfen, Bediensteten und Angestellten angehörende Personen und aus diesem Stand hervorgegangene Organisationsbeamte.

Es liegt im Interesse der ganzen Veranstaltung, daß der Kongress möglichst breit beschickt wird.

Wir ersuchen alle teilnehmenden Vereinigungen, bis 15. September 1907 dem unterzeichneten Vorsitzenden die Adressen der zu entsendenden Vertreter, sowie die Zahl der von ihnen vertretenen Mitglieder mitteilen zu wollen.

Die Vorträge und Anträge werden gedruckt und spätestens 14 Tage vor dem Kongress allen teilnehmenden Verbänden und deren Vertretern übermittelt werden.

Mit kollegalem Gruß!

Der Ausschuß des Deutschen Arbeiterkongresses:

Franz Behrens, Essen.
Vorsitzender.

Adam Stegerwald, Köln.
Schriftführer.

Wilhelm Schack, Hamburg.
Rechnungsführer.

Marg. Behn, Berlin.
Friedr. Kloos, Kassel.

Joh. Giesberts, M.-Gladbach.
Peter Molz, Trier.

M. Kirchberg, Mülheim.
C. M. Schiffer, Düsseldorf.

Heinr. Benz, München.

Emil Hartwig, Hagen i. W.

N.B. Alle Zuschriften und Einsendungen sind an Franz Behrens, Essen-Kuhr, Vereinsstr. 21, zu richten.

„Partei“ und „Gewerkschaften“ in revisionistischem Lichte.

Wie sehr nicht nur von radikal-socialistischer Seite, sondern auch von revisionistischer, die Gewerkschaften als die ganz überaus lädierten haben, zur Überzeugung der politischen Macht in der Umgestaltung der heutigen kapitalistischen Produktionsweise in eine für und durch die Gesellschaft betriebene bestimmt werden, läßt ein Artikel des Revisionistführers Edward Bernstein in der Augustnummer der „Sozialistischen Monatsschrift“ erkennen, in welchem er Betrachtungen anstellt über Partei und Partei im Lichte internationaler Erfahrungen. Schildert hier die Beziehungen zwischen der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften in den einzelnen europäischen Staaten. Für Dänemark, Schweden und Österreich kommt er da zu dem Resultat, daß hier die engen Beziehungen zwischen beiden für die Gewerkschaften im höchsten Maße förderlich gewesen seien. Doch habe sich dieselbe Beziehung auch als einen recht gemischten gegen einzelne und auch den Niederlanden, Belgien und Frankreich. Die deutlichen Verhältnisse scheide er als zu bestimmt für seine Betrachtungen aus auf Grund welche letzterer er schließlich eine Reihe von Angaben über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft.

betont hat, daß in einer Reihe von Ländern die Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaften leidet von Schaden als von Nutzen gewesen ist. Wenn er zur Erklärung dieser Erscheinung auf die Spaltungen in der dortigen Sozialdemokratie hinweist, die auf die Gewerkschaften zurückgeführt hätten, so entchuldigt das ebensoviel, wie das Verhältnis in Schweden, Dänemark und Österreich etwas zugunsten seiner These beweist. Denn hier ist die Sozialdemokratie wesentlich anders gerichtet als in Preußen-Deutschland und in den anderen vorher genannten Ländern, so daß ein Schluß von jenen auf die Verhältnisse dieser Länder nicht zulässig ist. Speziell für Deutschland ist gar nicht daran zu zweifeln, daß die Gewerkschaftsbewegung heute eine viel geschlossener und machtvollere sein würde, wenn die „freien“ Gewerkschaften von vornherein nicht mit den Schäden des partei-politischen Sozialismus belastet gewesen wären. Bernsteins, des Revisionisten, These beweist höchstens, wie sehr auch er die Gewerkschaft als ein partei-politisches Mittel anzusehen sich gewohnt hat.

Eritt so Bernstein für eine enge Koalition zwischen Partei und Gewerkschaften ein, so darf diese nach ihm aber nicht auf Kosten der Entwicklungsbedingungen der einzelnen Organe der Arbeiterbewegung erzwingen werden, die diese Koalition in höhererem Interesse nicht zur vollen Entfaltung gelangen lassen. „Gerade darum muß es Regel sein, Streitigkeiten der Gewerkschaften nicht in die politische Bewegung, immer Angelegenheiten der politischen Bewegung nicht in die Gewerkschaft hineinzutragen.“ Wie Bernstein sich die kraftvolle Durchführung dieser Vorstellung denkt, wird er selbst wohl kaum darüber hinzuftinden sein. Denn soll eine Koalition zwischen zwei demokratischen Parteien sein und auch zu militärischen Zielen führen

so muß die Taktik dieser beiden Faktoren im wesentlichen übereinstimmen. Davon konnte aber bis heute sowohl im Hinblick auf die Partei als auf die Gewerkschaften nicht die Rede sein. Die Worte Generalstreik und Maistreik allein schon besagen nach dieser Richtung genügendes! Und all die Streitigkeiten, die sich seit Jahren zwischen Partei und Gewerkschaften, ja bis zur Stunde noch aller wiederholten Verbindungen abgespielt haben, würden sie nicht gleichzeitig insgesamt in der verschiedenen Auffassung von Partei und Gewerkschaften in der Frage der Taktik? Grau, grau, Herr Bernstein, ist alle Theorie! Streitigkeiten wird es zwischen Partei und Gewerkschaft immer geben, so lange sie ihre Auffassung in der Frage der Taktik trennt!

Die Unhaltbarkeit seiner Thesen gibt Bernstein selbst halbwegs zu, wenn er im Punkte Klassenkampf zwischen einem solchen unterscheidet, wie er von der politischen Bewegung zu führen ist und einem solchen, wie ihm die gewerkschaftliche Taktik verlangt und dann fordert: „Jeder Versuch, die gewerkschaftliche Taktik politischen Zwecken und Schlagworten unterzuordnen, ist zu verwerfen und kann, wie die Erfahrungen der verschiedenen Länder zeigen, nur zur Entfernung von Partei und Gewerkschaft führen.“ Für eine derartige Unterscheidung haben die Leiter der politischen Bewegung herzlich wenig Verständnis. Sie verlangen einfach, daß die Gewerkschaften den unentwegten Klassenkampf gemeinsam führen. Wie bei dieser Auffassung und Taktik die Gewerkschaften „gedeihen“ müssen, lassen wir den „Zimmerer“ vom sozialdemokratischen Zimmerverband sagen, der in seiner Nummer vom 5. Mai 1906 ausführte, daß die Bestrebungen der Gewerkschaften vernachlässigt wurden, wenn man sie zur Vertretung der Klasseninteressen engagierte. „Das Ziel der gewerkschaftlichen Bewegung“, so führte dieses Gewerkschaftsorgan dabei aus, „ist die Wahrung und Verbesserung der beruflich-wirtschaftlichen Lage der Arbeiter.“ Die Gewerkschaften haben sich dieses Ziel nicht vollkommen gewandt, es ist ihnen auch von niemand eine und Machtdokument über bestreiter Taktik zugestellt, sondern die Natur der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und ihre Entwicklung weisen den Gewerkschaften dieses Ziel an. Die Gewerkschaften sind und blieben in ihrer heutigen Gestaltung, ein notwendiges Glied der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Wer an dieser Grundlage rüttelt oder sie einzuschüren versucht, legt die Gewerkschaften lahm, vernichtet sie.“

Wenn Bernstein vorsichtig bei allem Eintritt für eine enge Verbindung zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischer Partei nach der taktischen Seite hin doch manche Unterschiede gelten will, hier eine differenzielle Behandlung von Partei und Gewerkschaft sogar verlangt, so heißt das nach ihm aber durchaus nicht, daß sie sich sonst zu einander trüffeln verhalten sollen. Für die Gewerkschaft, die danach streben muss, alle Arbeiter ohne Unterschied der Parteileistung zu umfassen, darf jedoch der Begriff der politischen Neutralität nicht zur Gleichgültigkeit gegenüber den großen politischen Interessen der Arbeiterschaft führen.“ Damit soll doch wohl gesagt sein, daß die Gewerkschaften ihre politische Interessenvertretung in der sozialdemokratischen Partei suchen müssen. Denn irgend eine andere Partei kann ja nach sozialdemokratischer Lehre wirkliche Arbeiterinteressen gar nicht vertreten, und demgemäß als Partei für die Arbeiter nicht in Betracht kommen. Daß die politische Neutralität einer Gewerkschaftsbewegung zu einer Gleichgültigkeit gegenüber den großen politischen Interessen der Arbeiterschaft führen soll, hat noch niemand von ihr verlangt. Nur ist auch an dieser Stelle immer betont worden, daß die Gewerkschaften als Korporation nicht Politik treiben, ihre Mitglieder auf eine bestimmte Partei festlegen sollen, das letztere ungeheuer aber die erste Pflicht haben, innerhalb derjenigen Partei, die ihnen am meisten zusagt, für eine wirksame Vertretung ihrer Interessen mit Nachdruck tätig zu sein. In dieser Auffassung sollen die Gewerkschaften neutral sein, nicht aber Hilfspuppen der Sozialdemokratie!

Besteht zwischen den Zeilen, so kommt man zu dem Resultat, daß Bernsteins Ausführungen darauf hinauslaufen, daß die Gewerkschaften einerseits unter dem Mantel einer gewissen Neutralität bestrebt sein müssen, „als Arbeiter ohne Unterschied zu unterscheiden“, daß sie aber andererseits die Pflicht haben, diese zu Abhängen der politischen Partei zu erzielen; denn: die Durchdringung der Gewerkschaften mit dem sozialistischen Geist liegt nicht nur im Interesse der politischen Arbeiterbewegung, sondern auch der Gewerkschaften selbst.“ Damit behauptet Bernstein, daß was Neutralitätsbeschleunigt anbelangt, so sind Radikale und Revisionisten nicht der geringste Unterschied ist, und daß sie sich in der Auffassung von den Gewerkschaften als den Rekrutenschulen und Gefechtsgruppen der Partei völlig einig sind. Mögen sie auch in taktischen Auffassungen dabei auseinandergehen, das Ziel, die Arbeiterbewegung mit sozialistischem Geist zu durchdrücken, sie sozialistischen Zwecken dienstbar zu machen, ist bei beiden gleich. Damit mögen die Arbeiter, die nicht gewillt sind, auf dem Umwege über die „freien“ Gewerkschaften sich unter das laudinische Zoff der politischen Partei zu begeben, die Lehre ziehen, allen sozialdemokratischen genderichtlichen Doktrinen zu widerstehen, mögen sie von radikaler oder revisionistischer Seite kommen. Die einzige neutralen Gewerkschaften sind die griessischen

Krankenversicherung in der Land- und Forstwirtschaft.

Während die Zugehörigkeit zur Unfall sowie zur Alters- und Invalidenversicherung für fast alle Arbeiter ohne Ausnahme eine gelehrte Wirklichkeit bedeutet, sind in die Krankenversicherung die in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Personen sowie auch

wegung könnte die Firma Schmalisch u. Below insoweit sein, mit mir mit derselben einen Vertrag bis 1. Juni 1908 abgeschlossen haben. Dieses gab Veranlassung zu einer längeren Meinanderersetzung; jedoch ließ sich an der Tatsache nichts ändern, daß Koll. Garsch die Erklärung abgab, daß an dem Tarifvertrag zu ändern sei. Wenn aber trotzdem daraus bestanden hätte, die Konsequenz für uns nur sein könnte, von den Abstimmungen zurückzutreten. Die Solidarität bei der Firma Schmalisch u. Below wurde von uns so weit zugesichert, daß die Streikarbeit verweigert werden soll. Nach dieser Erklärung wurden die Verhandlungen weitergeführt; sobann eine Abstimmungskommission (woran alle Organisationen beteiligt sind) einberufen. Dieselbe hat dann in mehreren Sitzungen den neuen Tarifentwurf durchberaten, und zum 18. August eine öffentliche Versammlung einberufen. Kollege Putlich als Obmann der Tarifkommission erstattete Bericht: Der zum 1. Oktober ablaufende Tarifvertrag ist gekündigt worden. Der eingesandte Tarifentwurf ist gegen den alten Vertrag nachstoßende Verbesserungen vor. Maßnahmenvorberungen ist in erster Linie die achtständige Arbeitszeit bei einem Stundenlohn von 95 Pf. vorgesehen. Die Parenzzeit (Lehrzeit) soll auf drei Monate herabgesetzt werden, (früher 1 Jahr) während dieser Zeit darf die Entlohnung nicht niedriger sein, als der jeweilige Maurerlohn. Als Arbeitszeit gelten 8 Stunden von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags, mit einer einstündigen Frühstückspause sowie einer einstündigen Mittagspause. Sonnabend soll 1 Stunde, an den Arbeitstagen vor den hohen Feiertagen (Weihnachten, Ostern, Pfingsten) 3 Stunden früher ausgezahlt werden; die Lohnzahlung muß vor Beendigung der Arbeit erfolgt sein. Das Fahrgeld soll eine andere Regelung erhalten; Laufzeit außerhalb der Ringbahn ist nach halben und ganzen Stunden auszuzahlen. Außerdem ist für Arbeiten, die außerhalb des Vorortverkehrs liegen, pro Tag 3,50 Mr., bei Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit soll möglichst verhindert werden. Wo solche nicht zu umgehen sind, ist für die von 6—8 Uhr abends ein Aufschlag von 25 Prozent, für die und Sonntagsarbeit ein solcher von 100 Prozent zu zahlen. Allerdings darf nicht gearbeitet werden. Ferner hat nach dem Entwurf der Arbeitgeber dafür zu sorgen, daß auf dem Bau, zur Aufbewahrung des Werkzeuges ein verschließbares Maunz vorhanden sein muss. In den Wintermonaten sind Fenster in den Räumen, wo Fliesenarbeiten verrichtet werden, zu verglasen. Zur Beilegung von Streitigkeiten ist eine Abstimmungskommission von sieben Arbeitgebern und sieben Arbeitnehmern vorgesehen. Als Vorsitzender soll ein Gewerbeleiter fungieren. Die Gültigkeit des Vertrages soll vom 1. Oktober 1907 bis 1. Juli 1909 laufen, doch soll am 1. Juli 08 die Lohnherhöhung von 5 Pf. pro Stunde eintreten. Für die Arbeiter wird ebenfalls die achtständige Arbeitszeit, sowie ein Stundenlohn von 70 Pf. gefordert. Die Parenzzeit ist ebenfalls drei Monate, während dieser Zeit darf der Lohn nicht unter 60 Pf. pro Stunde betragen. Für Säurearbeiten soll ein Aufschlag von 25 Prozent gewährt werden. Im übrigen gelten für die Hilfsarbeiter dieselben Bestimmungen wie für die Fliesenleger. Die Versammlung beschloß, den vorliegenden Tarifentwurf mit allen gesetzlichen Mitteln zur Durchführung zu bringen.

Geirk Karlsruhe.

Zu Sädingen sind die Säger der Firma Schmidt in Streit treten, weil der Unternehmer zu wiederholten Malen eine Handlung brüsk ablehnte, mit den Worten: Ich bin Herr, m's nicht gefällt, kann gehen und — ja ich sage die ganzeinde zum Teufel. Wir verlangten zehnständige Arbeitszeit ab 40 Pf. Stundenlohn. Bis jetzt ist 11½ stündige Arbeitszeit ab der Lohn steht auf 27 bis 29 Pf. „Höchstlohn“. Von Anwohnerleidungen ist keine Spur. Gegenso fehlt der Verband, der in diesem gefährlichen Betrieb. Wird bei Nacht gearbeitet, trennt eine kleine Petroleumslaterne, obwohl die elektrische Leitung direkt über dem Betrieb führt. Deshalb ist's verständlich, daß fast sämtliche Säger abgeschnittene Finger hoffentlich besinnt sich der Herr jetzt ein wenig anders. müssen die verrosteten Verhältnisse sich den Neuzett an- den, und sei's durch Kämpf.

Bejirk 森林

Köln, 10. August. (Differenzen im Kölner Stoffkäufergewerbe) Bei dem Stoffgeschäft Jäger hatten die Stoffkäufer die Arbeit niedergelegt. Der Grund war, daß Jäger mit einem gewissen Jos. Külund nicht zusammenleben wollten, weil dieser sich durch allerlei Manipulationen läbhaft gemacht hatte. Unter anderm sollte er zum Schaden Kollegen bei der Firma geplaudert haben. Die Firma Jäger betrachtete die Arbeitsetinstellung als ein Vorgehen der Organisation und wandte sich an die Vereinigung der Stoffgeschäfte Kölns um Schutz. Letztere forderte den soziald. Stoffkäuferverband auf, zu veranlassen, daß die Arbeit wieder genommen würde. Der Vorstand des soziald. Stoffkäuferverbandes hat nach seiner Aussage die Stoffkäufer zu bewegen sucht, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Stoffkäufer aber ergerten sich. Daraufhin drohte die Vereinigung der Stoffgeschäfte mit der allgemeinen Aussperrung zum 10. August. fanden darauf gemeinsame Sitzungen aller drei Organisationen statt. Eine öffentliche Versammlung wurde einberufen und die Angelegenheit dargestellt. Es wurde folgende
Lösung einstimmig angenommen:

„Die Versammlung der Stofflateure nimmt Kenntnis von dem Vorhaben der Prinzipale. Da die organisierten Stofflateure Kölns sich bewußt sind, keinen Anlaß zu der angebrochenen Aussperrung gegeben zu haben, und die Differenzen bei der Firma Jäger rein privater Natur sind, protestiert die Versammlung entschieden gegen die Androhung so weitgehender Maßnahmen. Falls die Aussperrung zur Tatsache wird, soll in den einzelnen Geschäften nicht eher wieder angegangen werden, bis der zu Unrecht zugesetzte Schaden von Seiten der Unternehmer wieder ersezt ist. Da die Versammlung die Streitsache als rein private Angelegenheit ansieht, die mit dem Tarif nichts zu tun hat, so ist die Differenz zwischen dem

betreffenden Prinzipal und den Gehilfen selbständig zu regeln.“
E. Stullateur Jos. Stuland hat daraufhin die Arbeit bei der
ma Jäger „freiwillig“ niedergelegt. Damit war die Dis-
senz beseitigt. Dieses Vorkommen zeigt in interessanter Weise,
dass mit Siebedienerei heute nichts mehr zu machen ist, son-
dern, wie es recht geschieht, großen Schaden nach sich ziehen-
nn. — Stuland war Mitglied des soziald. Verbandes, ging
nur zu den hiesch. Dunderstichen über, die ihm nunmehr auf

Neuwied. 14. Juli. In letzter Zeit haben sich die hiesigen Kollegen organisiert. Im Herbst vergangenen Jahres wurde Gladbach die Zahlstelle errichtet. Einige Kollegen aus Neuwied hatten sich in Ermangelung einer Zahlstelle unseres Vertrages dem christlichen Metallarbeiterverbande angeschlossen. Leutesdorf war vor drei Jahren eine Zahlstelle errichtet, und aber kurz nach dem Entstehen wieder aufgelöst. Auch jetzt ist es schwer gelungen, hier die Organisation einzuführen. Durch den günstigen Ausgang des Kampfes in Andernach kann auch die Leutesdorfer Kollegen für die Organisation bestimmt. In einer Versammlung, die auch von den Genossen, allen Problemen, besucht war, wurde Plakette über die Notwendigkeit der Organisation und den Unterschied zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften geschaffen. Immer besteht eine ungeregelte Arbeitszeit und ein großer Unterschied zwischen den Löhnen. Das Bestreben der Kollegen ist, durch Abschluß eines Tatsächliches vereinigte und

hätte der sozialdemokratische Maurerverbund durch den Genossen Pfeiffer aus Koblenz den Unternehmern schnell eine Forderung unterbreitet. Unsere Kollegen, die meistens Einheimische sind, erreichten den Unternehmern einen den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Tarifvertrag ein, dem dann in einer Versammlung selbst der soziald. Verband zustimmte. Da schreiten die Unternehmer auf. Herr Bauerle verlangt zu wissen, wer von seinen Leuten den Unterzeichner des Tarifes beauftragt habe, ihm eine solche Forderung zu unterbreiten; er wurde darauf hingewiesen, daß eine öffentliche Maurer- u. Bauhilfsarb.-Versammlung der Auftraggeber sei. Er lud darauf die Unternehmer zusammen um gemeinsam Stellung zu nehmen. Da mehrere Unternehmer schon lange weit mehr bezahlten, als wie Bauerle und andere rieten erstere zu einer friedlichen Verständigung. Die Unternehmer suchten die Sache auf die lange Bank zu schieben, welchem die Kollegen dadurch vorbeugten, daß eine gemeinsame Lohnkommissionssitzung ein Schreiben an die Unternehmer schloß, worin bis zum 12. August um eine Verhandlung gebeten wurde. Am Dienstag, den 13. August, hatte jede Organisation Versammlung abberaumt. Während der sozialdemokratische Verband die Versammlung abhalten konnte, wurden unserem Verband mehrere Säle abgetrieben. Der Gastwirt Schauß in Heddesdorf (früher Kleinmann) hatte sein Lokal bestimmt zugesagt. Die Versammlung war durch ein Flugblatt bekannt gemacht. Am Tage vor der Versammlung erschien der „arbeiterfreundliche“ Wirt folgende Bekanntmachung in der „Neuwieder Zeitung“:

Bekanntmachung

Sie vom Verband christlicher Bauhandwerker für Menschen
den 13. ds., abends 8 Uhr, anberaumte Volksversammlung findet in einem Saale nicht statt,

Übungsbüro

Am Tage vorher war in derselben Zeitung eine Bekanntmachung, daß in den Räumen des Herrn Schauß die Steuern zu entrichten seien. Auf Grund des „liberalen“ § 23 des Kommentarsteuergesetzes können die Arbeiter also im Schauß'schen Lokale Steuern bezahlen, aber eine Versammlung, in welcher die Arbeiter ihre Interessen beraten wollen, dürfen die steuerpflichtigen christlich-nationalen Arbeiter bei dem „arbeiterfreundlichen“ Wirt nicht abhalten. Es gelang, ein anderes Lokal zu erhalten, bei Herrn Maternus. Doch auch dieses wurde von der Polizei abgetrieben. Dem Wirt wurde am Abend vorher schon um 10 Uhr Feierabend geboten, und wurde ihm ange deutet, wie er aber auch solche Versammlungen dulden könne. Am Abend trafen sich die Kollegen bei Maternus. Dem Wirt konnte man den Ärger über die Polizei ansehen. Es war ihm nicht eingelei, daß er seine Landsleute mußte ziehen lassen. Die Polizei, ein Schuhmann und ein Gendarm, verfolgte nun die Kollegen durch alle Straßen. Er müdigt ließen sich die Kollegen schließlich im Bahnhofsgarten nieder, um sich mit einem Glase Bier den Durst zu stillen. Bezirksleiter Kollege Lange teilte das Tischgespräch den Kollegen kurz mit, daß die Unternehmer den ersten Tagen verhandeln wollten, und ermahnte, mit Ruhe das Resultat der Verhandlung abzuwarten. In demselben Moment kommt der „dienstefrige“ Schuhmann und fordete alle auf, den Garten zu verlassen. Die meisten hatten noch nicht einmal ein Glas Bier erhalten. Kollege Lange rief:

Bekanntmachung des Zentralvorstandes

Kant Beschluss der Generalversammlung und Anweisung des Centralvorstandes ist am Sonntag, den 25. August, der sechste Extrabeitrag in Höhe eines Wochenbeitrages zu erheben. Die Kassierer haben die Verpflichtung auf strengste Durchführung des Beschlusses zu achten. Der Beitrag wird durch je eine Marke in gelber Farbe quittiert. Jedes Mitglied ist verpflichtet den Extrabeitrag zu zahlen.

Der Zentralvorstand. J. M.: Jos. Wiedeberg

Gütlicherweise konnte er sich durch Bekannte legitimieren, so hätte man ihn auch noch zur Woche geschleppt. Daß aber Kollege Lange kein Anarchist war, zeigte sich dadurch, daß alle zur Stille mahnte und zum Auseinandergehen anhielten, trotzdem der Polizist mit samt dem Gendarm auf dem Bahnhof „nix te seggen“ hatten. Der eifrige Polizist erlaubte sich sogar in den Wartesaal einzubringen und dem Kollegen Lange seine private Unterredung mit seinen Kollegen zu verbieten. Durch diese Schikane erreichten die Scharfmacher ihr Ziel nicht. Die Kollegen werden sich ihr Recht schon zu erringen wissen. Lieber ist es ihnen, in Frieden mit den Arbeitgebern fertig zu werden. Sollte das aber nicht möglich sein, dann scheuen sie schließlich auch einen Kampf nicht. Hoffentlich gelingt es, auf friedlicher Grundlage zu einer Einigung zu kommen. Dem arbeiterfreundlichen Wirt Schauss, der den ganzen Auftritt verschuldet, werden die Arbeiter seine schofse Handlungsweise nicht vergessen, auch nicht seine öffentliche Erklärung. Jeder Kollege hat dafür sorgen, daß auch die übrigen Arbeiter, Metall-, Steinarbeit usw., von dessen Arbeiterfreundlichkeit erfahren. Für das Leid Gerede, ich gönne den Arbeitern einen höheren Lohn, können sich die Arbeiter nichts kaufen. Dem Wirt Maternus hat die Polizei die Pistole auf die Brust gesetzt, welches bei Schauss nicht der Fall war. Das entschuldigt Herrn Maternus in etwa, aber nicht ganz. Herr Maternus weiß ganz gut, daß die Polizei von den Steuergroschen lebt und nicht die Steuerzahler von der Polizei. Die Vorgänge in Neuwied beweisen der Arbeitsschaft, wie wenig sie geachtet ist und wie wenig Einfluß sie hat. Darum, teilgenommen an den Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen, teilgenommen am öffentlichen Leben. Es darf nicht geruht werden, bis der letzte Arbeiter-Mitglied der christlichen Organisation ist.

Nachen. Die hiesige Lohnbewegung wurde durch einen im 1910 währenden Tarifvertrag beendigt. Die Arbeit wurde in vergangenen Dienstag wieder aufgenommen.

Christlich-nationale Arbeiterbewegung

Herr Lizentiat Münch schreibt uns:

„Die Einladung zum 2. großen christlich-nationalen Arbeitkongress ist ergangen. Es handelt sich bei diesen Kongressen um die umfassendste Peorschau der nichtsozialdemokratischen Arbeitsschaft. Alle übrigen Verbindungen sind, der Wahl nach, bedeutungslos im Vergleich zu diesem Körper, der Oktober 1907 in Frankfurt zum ersten Male sich zusammenfand und Oktober 1907 zum andern Male sich zusammenfinden soll.“

Christliche Gewerkschaften und Deutsch-nationaler Handlungshilfsverband, evangelische und katholische Arbeitervereine, mehrere einzelstehende Verbände und Staatsarbeiter-Vereinigungen haben im Jahre 1903 sich zusammengefunden, um ihre gemeinsamen Interessen in breiterer Öffentlichkeit zu vertreten. Von Frankfurter Kongress waren alle Zeitungen berichtet. Der Reichskanzler empfing förmlich die Abordnung des Kongresses, die die Beschlüsse überreichte. Der Kaiser hatte einem warmen, eigenhändigen Telegramm die neue Verbindung begrüßt. 622 000 deutsche Arbeitnehmer waren es, die sich zum Kongress zusammenfanden. Alle die dort zusammen-

wachsen, so daß sich eine Gesamtzahl von 1 007 000 Seelen ergibt die ihre Vertreter zum Berliner Deutschen Arbeiterkongress zu entsenden gedenken.

Es ist die Eigenart des Kongresses, daß er streng eine Veranstaltung der Arbeiter ist. Mögen den konfessionellen Arbeitervereinen auch Mitglieder anderer Stände mit gutem Rechte angehören. Auf den Kongressen soll nur die Arbeiterstimme reden. Die 200 Delegierten von Frankfurt waren ausnahmslos aus dem Arbeiterstand hervorgegangen; auch in Berlin wird diese Eigenart, und uns scheint mit vollem Recht eingehalten: wenn der Arbeiterstand um die Selbständigkeit ringt, darf er sich dabei nicht von Angehörigen anderer Stände gängeln lassen, sondern muß das hohe Gut eigener Verantwortung sich wahren. Arbeiter und Arbeitervertreter, die aus dem Arbeiterstand hervorgingen, und von ihm besoldet werden, bilden die Leitung des Kongresses, und auch diejenigen, die als Abgeordnete oder als Männer der Feder heute für ihre Kameraden wirken, schämen sich des Arbeiternamens nicht, sondern haben ihre Bedeutung gerade im Zusammenhalten mit der Arbeiterschaft, aus der sie hervorgingen. Vorsitzender des Ausschusses, an den sämtliche Zuschriften zu richten sind, ist Gärtner Franz Behrens, Essen, Vereinsstr. 21, Schriftführer Holzarbeiter Adam Stegerwald in Köln, Rechnungsführer Kaufmann Wilhelm Schack in Hamburg. Des weiteren gehören dem Ausschuß an: Fräulein Behm-Berlin, Hauptvorsitzende des Gewerbevereins der Heimarbeiterinnen, Metallarbeiter Giesberts, M.-Gladdbach, Sekretär Kirchberg, Mülheim-Ruhr, Mechaniker Kloos, Malstatt, Sattler Molz-Trier, Textilarbeiter Schiffer-Düsseldorf, Sekretär Benz-München und Schnelder Hartwig-Hagen. Vier der Ausschuß-Mitglieder sind Mitglieder des Reichstages.

Während die große sozialdemokratische Hererschau, die dem nächst wieder in Eisen stattfindet, am liebsten in den Wogen der hohen Politik plätschert und für die eigentlichen konkreten Fragen des Arbeiterschutzes wenig Zeit übrig hat, ist der Kongress der christlich-nationalen Arbeiterschaft streng der Vertretung von realen Arbeiterinteressen gewidmet. Ueber die Sonntagsruhe, die in Handels-, Schank- und Verkehrsgewerbe so sehr viel gewünschen übrig lässt, wird Kaufmann Döring, der Herausgeber der trefflichen „Handelswacht“ referieren. Den Bericht über den „Arbeiterschutz in den gesundheitsschädlichen und schweren Industrien“ hat Dr. Kieber, der temperamentvolle Hauptvor sitzende des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, übernommen; erst eben zeigte eine große Versammlung in Duisburg wie schwer die Missstände und wie zahlreich die Unfälle in den Hütten- und Walzwerken sind. Ueber die „gesetzliche Regelung der Arbeitstage“ wird Sekretär Franz Fischer aus Müllhausen im Elsaß referieren. Bekanntlich haben wir in Deutschland noch nicht einmal den Gehstundentag für Frauen, während Frankreich schon seit dem Jahre 1904 in den Fabriken zum ersten gesetzlichen Gehstundentag besitzt. Erst in wenigen Berufen haben wir einen sanitären Höchststundentag, und die Überstunden sind noch fast unbeschränkt. Endlich wird Dr. Groß-M. Gladbach über die Arbeit in einer insgemein reden; und selber wer sich vor den Wünschen der Arbeiter das Ohr verschließt, wird es hart arbeitenden Frauen und seufzenden Heimarbeiterinnen hönnen, wenn ihr Los erleichtert wird.

Auf jeden Fall ist der Kongreß, der am 20. Oktober, vor mittags 11½ Uhr, in den Germania-Sälen, Berlin N., zusammen treten wird, von größter Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Ein jeder in der deutschen Arbeiterschaft, der seine Interessen entschieden durch seine Kameraden vertreten zu sehen wünscht, braucht nun nicht mehr nach der Sozialdemokratie zu schließen; es gibt auch eine starke Vertretung seiner Interessen auf christlich-nationaler Grundlage.

Es ist wesentlich für den Kongreß, daß, was ihn zusammengeführt hat, nicht nur eine gemeinsame Not und eine gemeinsame Bedrängnis, sondern ein gemeinsames positives Ziel ist. Alle Verbindungen der Arbeiter, Arbeiterinnen, Gehilfen, Bedienstete und Angestellte sind eingeladen, „die mit uns auf dem Boden christlicher Weltanschauung und nationaler Gesinnung stehen, gewerkschaftliche Grundsätze anzuerkennen und eine Fortführung der Sozialreform anstreben“. Es ist also nicht nur ein „antisozialdemokratischer Kongreß“ von Leuten, die nichts innerlich miteinander gemeinsam hätten wie den Gegensatz gegen die Sozialdemokratie, sondern es ist ein großer Zusammenstrom von deutschen Arbeitern und Arbeitern, die trotz aller inneren Verschiedenheit ein breites Feld christlicher und nationaler Gedanken und Gefühle gemeinsam haben. Das gewährleistet die innere

Kraft und Dauer der Bewegung.

Dabei lehnt die Bewegung es aber ausdrücklich ab, sich einer politischen Partei zuzurechnen. Wir wissen, daß solche die christlich-sozial und konservativ, solche die liberal in allen Schattierungen und solche, die zum Zentrum gehören, als Delegierte auf dem Kongreß sein werden. Man will nicht dem Volkenfuchusheim einer neuen, künftigen „nationaldemokratischen Arbeiterpartei“ zusteuern, die nur an ihre Klasseninteressen dachte, sondern man will Einfluß auf die große Wehrheit des Reichstages haben. Und man wird zugestehen, daß diese schnell sich mehrenden Massen solchen Einfluß gar bald beanspruchen können.

Es sind Realpolitiker aus der Arbeiterschaft, die den Kongreß berufen und leiten. Und doch liegt ein idealistischer Zug deutlich erkennbar über dem ganzen. Dachte man bloß materiell, man trotzte wohl bequem im großen sozialdemokratischen Haufen. Daß diese Männer, in denen das Arbeiterbewußtsein stark pulsiert, sich von ihren versöhlten Kameraden getrennt haben und eigene Wege suchen, um des Arbeitersstandes Bestes zu fördern, ist

Und auch die Angehörigen anderer Stände sollten in unserer ersten Zeit mit herzlicher Freude und Teilnahme auf die große christlich-nationalen Heerschau im Arbeiterstand schauen, die der Oktobe bringen soll.

Verbandsnachrichten

at.
be-
re-
cht
en

Verhandlungsberichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagab-

offene Nummer

Dachdecker.
Götensleben, den 8. August. (Sozialdemokratische
Freiheitshelden?) Einen bitteren Borgeschmack über die
zukünftigstaatliche „Brüderlichkeit“ befamen zwei hiesige Dachdecker,
Mitglieder der christlichen Gewerkschaft. Diejenigen arbeiteten
beim Dachdeckermeister Helling und Gruß-Schöningen mit sieben
sozialdemokratisch organisierten Kollegen zusammen. Den letzteren
gefiel jedoch die Organisation der beiden Christlichen nicht,
und forderten sie daher zum Uebertritt in den sozialdemokratischen
Verband auf. Die beiden konnten sich jedoch nicht von der
Richtigkeit der „Zukünftigstaatlichen“ überzeugen, und blieben daher
ihrer Organisation treu. Hierüber in Hartnisch geraten, forderten
die roten „Freiheitshelden“ die Entlassung der Christlichen.
Die Unternehmer jedoch lehnten diese unverschämte Forderung
rund ab. Nun forderten sie ihre Entlassung, weil sie mit dem
Christlichen nicht zusammenarbeiten wollten. Auch jetzt ließ
sich der Unternehmer noch nicht einschüchtern, und hörtet sodann
die Genossen auf. Es sind dieses die Dachdecker Al. Krause,
Wilh. Stamm, Karl Menzel aus Schöningen und Wilh. Weddige
aus Herzheim. Und solches Volk, das seine eigenen Arbeits-
kollegen derart behandelt, sich nicht scheut, dieselben brotlos
zu machen, nur weil sie nicht an den „sozialdemokratischen
Blödsinn“ glauben, will die ganze Welt verbessern! Eine Organi-
sation, die solche Früchte zeitigt, ist sicherlich nicht imstande,
die Lage der Arbeiter zu heben, sondern nur alle Richtung

